

Suchtreffer

2002-02-24

Nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Braunschweig verletzt die Kennzeichnung von Eiverpackungen als tierschutzkontrolliert vom Bund gegen den Missbrauch der Tiere e. V. europäisches Gemeinschaftsrecht, doch kann auf der Grundlage des Niedersächsischen Gefahrenabwehrgesetzes das Inverkehrbringen von Eiverpackungen nicht untersagt werden (5 A 251/1999 10. Oktober 2000).

Nach einer Entscheidung des Amtsgerichts Rüdesheim kann das Entgelt für die Teilnahme an einer angekündigten Autorenlesung zurückverlangt werden, wenn der Autor nicht persönlich liest, sondern lesen lässt, weil dann der Veranstaltung eine zugesicherte Eigenschaft fehlt (3 C 233/2000 9. Januar 2001).

2002-02-23

Nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs hat ein Kind geschiedener Eltern gegen den Staat, in dem der säumige unterhaltspflichtige Elternteil seinen Wohnsitz hat (Österreich), auch dann Anspruch auf Vorschuss zu Unterhaltszahlungen, wenn es nicht in diesem Staat, sondern in einem anderen Staat (Frankreich) wohnt (C-255/1999 5. Februar 2002).

Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs Deutschlands führt der Umstand, dass der Sachverständige für Schutzrechte eines Wettbewerbers des Patentinhabers auf dem einschlägigen Gebiet als Erfinder benannt ist, nicht ohne weiteres zur Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit in einem Patentnichtigkeitsberufungsverfahren (IX ZR 199/2000 4. Dezember 2001).

Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs Deutschlands ist der Hinweis eines Hals-Nasen-Ohren-Arzt auf einen auswärtigen Hörgeräteakustiker auch dann nicht wettbewerbswidrig, wenn der Arzt für seine Mitwirkung eine gesonderte Vergütung erhält (I ZR 275/1999 15. November 2001).

Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs Deutschlands kann die Ausstellung einer Rechnung mit gesonderter Angabe der Umsatzsteuer auch bei der Vereinbarung eines Nettopreises zuzüglich gesetzlicher Mehrwertsteuer nur bei objektiver Steuerpflicht der erbrachten Leistung oder bei bestandskräftiger Besteuerung verlangt werden (V ZR 224/2000 2. November 2001).

Nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts Deutschlands ist die befristete Einstellung eines Arbeitnehmers zur Vertretung eines zeitweilig ausfallenden Arbeitnehmers regelmäßig sachlich gerechtfertigt (7 AZR 326/2000 27. Juni 2001).

Nach einer Entscheidung des Bundespatentgerichts Deutschlands stellt eine benutzte und im Markt etablierte Markenserie von Widersprechenden einen materiellen Besitzstand dar, der durch den bloßen Registerbestand nicht ohne weiteres in Frage gestellt werden kann, und können die Marken Astro Boy und Boy gedanklich miteinander in Verbindung gebracht werden (24 W [pat] 153/1999 16. Oktober 2001).

Nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Düsseldorf kann die Nichteinzahlung eines Vorschusses nicht ohne weiteres als Rücknahme eines Beweisantrags ausgelegt werden (21 W 35/2001 19. November 2001).

Nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Hamburg ist das Verfallsdatum 04.02 auf einer Arzneimittelpackung nicht (als Februar 2004) missverständlich (3 U 116/2001 23. August 2001).

Nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Hamm sind die nach einem Unfall eines Verkehrsteilnehmers mit degenerativ vorgeschädigter Halswirbelsäule eintretenden Beschwerden nicht durch den Verkehrsunfall verursacht, wenn sie auch ohne den Unfall alsbald durch ein beliebiges Alltagsereignis verursacht worden wären (27 U 41/2001 2. Oktober 2001).

Nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts München ist die Werbung einer auf Vertretung von geschädigten Anlegern spezialisierten Rechtsanwaltskanzlei mittels eines Interessentenschreibens auf der Internetseite unter Vorrätighaltung eines Vollmachterteilungsformulars nicht wettbewerbswidrig (29 U 4592/2001 20. Dezember 2001).

Nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Nürnberg tritt die Präklusionswirkung des § 12 III VVG an die Stelle der Rechtskraftwirkung eines Urteils, durch das die fiktive Klage des Versicherungsnehmers auf Versicherungsleistungen als unbegründet abgewiesen wurde (8 U 1371/2000 26. Oktober 2000).

Nach einer Entscheidung des Landgerichts Memmingen werden die Allgemeinen Deutschen Spediteurbedingungen 1999 als Änderung auch unter Kaufleuten nur wirksam, wenn bei der (erstmaligen) Einbeziehung in drucktechnisch hervorgehobener Weise auf die Haftungsbeschränkungen hingewiesen wird (2 H 961/2001 16. Januar 2002).

Nach einer Entscheidung des Amtsgerichts Cottbus ist ein Fahrlehrer mit einem Blutalkoholwert von 1,1 mg/g wegen Trunkenheit im Verkehr strafbar, weil der Fahrlehrer bei einer Übungsfahrt Fahrzeugführer ist (73 Ds 1621 Js 16426/2001 27. November 2001).

Rapp, Christiane, Rechtliche Rahmenbedingungen und Formqualität elektronischer Signaturen, 2002

Dilger, Petra, Verbraucherschutz bei Vertragsabschlüssen im Internet, 2002

Koch, Jens, Die Nachgründung, 2002

Niemann, Walter, Jahresabschlussprüfung, 2002

Handbuch des Unternehmens- und Beteiligungskaufs, hg. v. Hölters, Wolfgang, 5. A. 2002

Betriebsverfassungsgesetz, hg. v. Däubler, Wolfgang/Kittner, Michael/Klebe, Thomas, 8. A. 2002

Handbuch Erbschaftsteuer und Bewertung 2002, hg. v. Deutschen wissenschaftlichen Steuerinstitut der Steuerberater e. V., 2002

Handbuch Lohnsteuer, hg. v. Deutschen wissenschaftlichen Steuerinstitut der Steuerberater e. V., 2002

Pape, Gerhard/Uhlenbruck, Wilhelm, Insolvenzrecht, 2002

Enders, Horst-Reiner, Die BRAGO für Anfänger, 11. A. 2002

Praxishandbuch Sachverständigenrecht, hg. v. Bayerlein, Walter, 3. A. 2002

2002-02-22

Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs Deutschlands ist ein Rechtsanwalt bei Abschluss eines Vergleichs verpflichtet, den Willen seines Mandanten vollständig und richtig zu verwirklichen, und muss bei schuldhafter Pflichtverletzung Schadensersatz leisten (IX ZR 182/2000 17. Januar 2002).

Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs Deutschlands muss der unter einem Verdacht der Abgabe unrichtiger Steuererklärungen stehende Steuerpflichtige für nachfolgende Zeiträume Steuererklärungen abgeben (5 StR 452/2001 10. Januar 2002).

Suchtreffer

Nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts Deutschlands darf der Arbeitgeber nach Beendigung eines rechtmäßig befristeten Arbeitsverhältnisses auf der gleichen Stelle einen neuen Arbeitnehmer einstellen (7 AZR 600/2000 20. Februar 2002).

Nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts Deutschlands darf ein Arbeitgeber Ansprüche von Hinterbliebenen auf eine Hinterbliebenenrente (auf Hinterbliebene, die das 50. Lebensjahr vollendet haben,) begrenzen (3 AZR 99/2001 19. Februar 2002).

Nach einer Entscheidung des Bundessozialgerichts Deutschlands muss eine Krankenkasse die Transportkosten der Verlegung eines Patienten in ein anderes Krankenhaus bezahlen (B3 KR 4/2001 R 21. Februar 2001).

Nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main ist die Rasterfahndung nach islamistischen Terroristen in Hessen mangels gegenwärtiger Gefahr unzulässig.

Nach einer Entscheidung des die Bekanntgabe der Mehrwegquote als anfechtbaren Verwaltungsakt einstufenden Oberverwaltungsgerichts Berlin können 16 Getränkehersteller und Handelsunternehmen die von der Verpackungsverordnung nach einer Übergangsfrist vorgesehene Einführung eines Zwangspfands auf Einwegverpackungen für Getränke nicht verhindern.

Nach einer Entscheidung des Landgerichts Potsdam ist Edwin Zimmermann vom Vorwurf des Betrugs und der Untreue in der Form der Vermittlung von Förderungsmitteln an einen Verwandten mangels Beweises freigesprochen.

Die Europäische Kommission beschließt Verfahren in Umweltfragen gegen Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Spanien, Belgien, Irland, Italien, Österreich, Luxemburg und Griechenland.

Die Europäische Kommission plant eine von Spanien geförderte Euro-Mittelmeerbank für die Mittelmeerstaaten.

Carrier 1 International S. A. Strassen beantragt die Eröffnung des Konkursverfahrens.

Nach einer Entscheidung des zuständigen Gerichts der Vereinigten Staaten von Amerika ist John Demjanjuk wegen falscher Angaben bei der Einreise (1952) (zum zweiten Mal) die Staatsbürgerschaft der Vereinigten Staaten von Amerika entzogen.

Carl Hermann Schleifer 60.

Wilhelm Mößle 26. April 1940-Bayreuth 24. Februar 2002.

Claus Demke 18. Juni 1939-22. Februar 2002.

2002-02-21

Nach einer Entscheidung des Bayerischen Obersten Landesgerichts ist der alleinvertretungsberechtigte Geschäftsführer einer Wohnanlage verwaltenden Gesellschaft mit beschränkter Haftung der Untreue schuldig, wenn er ihm und der Gesellschaft auferlegte gerichtliche und außergerichtliche Kosten eines Verfahrens vom Konto der Wohnungseigentümer überweist (2 Z BR 98/2001 19. September 2001).

Nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen muss die Deutsche Telekom konkurrierenden Telefongesellschaften (Isis Multimedia Net GmbH) auf Grund der Sinnlosigkeit und Unzumutbarkeit einer Doppelverkabelung den Zugang zu den in einem Haus verlegten Telefonkabeln ermöglichen (13 A 4075/2000 15. Februar 2001).

Nach einer Entscheidung des Landgerichts Berlin ist eine Teilkündigung auch hinsichtlich eines mitvermieteten Gartenteils zulässig und wird durch den Widerspruch des Mieters gegen die insoweit dem Vermieter erteilte Baugenehmigung nicht ausgeschlossen (64 S 46/2001 20. Juli 2001).

Nach einer Entscheidung des Amtsgerichts Hamburg-Wandsbek muss der Vermieter im Zweifel eine laufende Zahlung des Mieters zuerst auf die laufende Miete anrechnen und kann sie erst danach zum Ausgleich eines Rückstands bei einer Mietkautionsforderung verwenden (716 C 187/2001 20. September 2001).

Nach einer Entscheidung des Amtsgerichts Köln ist die in allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbarte Klausel, dass Schönheitsreparaturen nur durch Fachkräfte nach der VOB durchgeführt werden dürfen, unwirksam, woraus im Zweifel das Fehlen jeglicher Verpflichtung zur Ausführung von Schönheitsreparaturen folgt (211 C 223/2000 25. September 2000).

Nach einer Entscheidung des zuständigen Gerichts der Vereinigten Staaten von Amerika muss der Eigentümer vieler verwahrloster Mietshäuser ein verwahrlostes Mietshaus täglich betreten und unter Sicherung durch eine elektronische Fußfessel die notwendigen Reparaturarbeiten überwachen.

Die Manager des in den Berliner Spendenskandals verwickelten Unternehmens sind wegen fehlenden dringenden Tatverdachts des Betrugs wieder freigelassen.

Der wegen des Verdachts des Meineids im Zusammenhang mit der Flugaffäre Schleußer angeklagte Pilot ist aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

Nach einer Verordnung der Europäischen Union kann die Europäische Kommission ab sofort bei Lebensmittelgefahren selbst einschreiten (z. B. die Entfernung von Waren aus dem Verkauf anordnen), wenn nationale Behörden ein auftretendes Lebensmittellisiko nicht mehr unter Kontrolle bekommen.